

Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung

MEMORANDUM der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* zum aktuellen Wettbewerbsbericht des *World Economic Forum*

Ohne umfassende Strukturreformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird Deutschland seine Wachstums- und Beschäftigungskrise nicht überwinden können. Diese grundlegende Einsicht und Forderung für die deutsche Politik ergibt sich aus den Ergebnissen des Wettbewerbsberichtes des *World Economic Forum* („Global Competitiveness Report“), die in diesen Tagen veröffentlicht wurden. Die weltweite Erhebung ökonomischer Kenndaten aus mehr als 100 Ländern macht erneut die Ursachen der deutschen Wirtschaftsprobleme deutlich: Während unsere Unternehmen unverändert eine starke Wettbewerbsposition aufweisen, bilden die schlechten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Hemmnis für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Bei den wirtschaftspolitischen Indikatoren liegt Deutschland in einem Ranking von 102 Ländern auf schlechten mittleren, bei einigen Punkten sogar auf katastrophalen letzten Plätzen. Bei den Kriterien „Flexibilität der Lohnfestsetzung“ und „Effizienz des Steuersystems“ belegt Deutschland den allerletzten, bei der „Praxis von Einstellungen und Kündigungen“ den vorletzten Platz der 102 untersuchten Länder. In der Bewertung des „Umfangs verzerrender staatlicher Subventionen“ wird Deutschland auf dem ebenfalls unrühmlichen 100. Rang von 102 eingestuft. Auch beim Bildungssystem erhält Deutschland mit dem 44. („Qualität des Bildungssystems“) bzw. 51. Platz („Qualität des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts“) ernüchternde Bewertungen, die gerade für eine wissensbasierte Volkswirtschaft wie Deutschland vollkommen inakzeptabel sind.

Die aktuelle Studie des *World Economic Forum* verweist in alarmierender Weise auf Missstände, die für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands eine elementare Gefährdung darstellen. Wenn wir uns im internationalen Wettbewerb in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht behaupten können, dann wird Deutschland auch alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele verfehlen. Dann zieht es unser Land weiter in den Abwärtsstrudel aus hohen Arbeitskosten, steigender Massenarbeitslosigkeit, unfinanzierbaren Sozialsystemen, wachsender Staatsverschuldung und dauerhafter Wachstumsschwäche. Auf die Impulse der Weltwirtschaft allein darf sich Deutschland jedenfalls nicht verlassen, wie auch unlängst das Herbstgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute hervorgehoben hat. Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt vor allem in unseren eigenen Händen.

Das Programm zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit muss zuerst auf den Feldern ansetzen, auf denen wir nachweislich besonders schlecht abschneiden. Auf die Befindlichkeiten der Konsensgesellschaft darf dabei keine Rücksicht mehr genommen werden, wenn den Interessen des Gemeinwohls wirklich gedient werden soll. Für eine rasche Bewältigung der Krise brauchen wir jetzt politische Führung und Entschlossenheit. Nur so kann eine Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden, die uns wieder nach vorne bringt.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs appellieren daher an Bundesregierung und Opposition, die notwendigen Schritte zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht länger hinauszuzögern. Deutschland braucht jetzt ein umfassendes Programm der marktwirtschaftlichen Erneuerung, das noch deutlich über die „Agenda 2010“ hinaus gehen muss:

1. Deutschland darf nicht länger das Land mit den niedrigsten Arbeitszeiten und den höchsten und unflexibelsten Löhnen sein. Arbeitszeiten und Lohnentwicklung dürfen sich nicht mehr am Wünschenswerten orientieren, sondern müssen beweglicher werden und sich an der Entwicklung der Produktivität ausrichten. Die Tarifpolitik braucht bessere Möglichkeiten, durch betriebliche Bündnisse für Arbeit auf die spezifischen Situationen der einzelnen Betriebe eingehen zu können.
2. Die größte Belastung der Arbeitskosten resultiert jedoch nicht aus der Entwicklung der Löhne, sondern aus den immensen Lohnzusatzkosten, die sich inzwischen zu einer Strafsteuer für die Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt haben. Deshalb müssen die Kosten unserer Sozialsysteme spürbar gesenkt und auf eine neue Finanzierungsgrundlage gestellt werden. Eine Stärkung der Eigenverantwortung aller Versicherten ist dabei ohne Alternative.
3. Der Staat muss sich als Allesversorger zurückziehen und über die obligatorischen Sozialversicherungen nur noch die großen Lebensrisiken absichern. Mit einer stärker kapitalgedeckten Gewährleistung der sozialen Sicherung sind wir gegen die demografischen Probleme der nächsten Jahrzehnte besser gewappnet. Eine weitere Ausdehnung der sozialstaatlichen Zwangssysteme durch die Einführung einer Bürgerversicherung wäre hingegen ein Irrweg und würde mittelfristig die Finanzierungsprobleme nur weiter verschärfen.
4. Das Arbeitsrecht in Deutschland muss deutlich stärker entrümpelt werden, als es die Bundesregierung bislang angegangen ist. Unsere Bestimmungen zum Kündigungsschutz und zur Sozialauswahl sind ein Einstellungshindernis und ausländischen Investoren nicht zu vermitteln. Mit flexibleren und weniger Regeln muss auf die gestiegene Mobilität in der heutigen Arbeitswelt reagiert werden.
5. Die Zusammenlegung der Sozialhilfe für Erwerbsfähige mit der Arbeitslosenhilfe kann neue Beschäftigungsanreize und Vermittlungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte schaffen. Dieses wichtige Ziel darf nicht durch eine neue Mindestlohnregelung konterkariert werden. Internationale Vergleiche zeigen, dass im Niedriglohnsektor des deutschen

Arbeitsmarktes immer noch riesige Beschäftigungschancen durch Überregulierung zu-nichte gemacht werden.

6. In Deutschland müssen dringend mehr Investitionen für Bildung, Forschung und Innovation freigesetzt werden. Dies kann aber nur gelingen, wenn die staatlichen, wettbewerbs-verzerrenden Subventionen massiv gekürzt und die frei werdenden Steuergelder für die Zukunft verwendet werden. Damit muss endlich eine konsequente Vereinfachung des Steuersystems einhergehen, die niedrige Steuersätze mit der Streichung steuerlicher Aus-nahmeregulungen verbindet.

Die deutschen Unternehmen haben nach wie vor das Potenzial, Deutschland zu einer der wettbewerbsfähigsten und wachstumsstärksten Volkswirtschaften zu machen. Dies ist auch der entscheidende Hebel, um unser größtes soziales Problem, die Massenarbeitslosigkeit, wirksam zu bewältigen. Die marktwirtschaftliche Erneuerung unserer Wirtschaftspolitik und unserer Sozialsysteme ist hierfür unverzichtbar. Deutschland hat alle Chancen. Die Politik muss sie jetzt durch eine umfassende Reformoffensive nutzen – für mehr Wachstum und für mehr Jobs.

Unterzeichner:

Lutz Arnold (Universität Regensburg), Charles B. Blankart (Humboldt-Universität, Berlin), Kurt Demmer (IKB Deutsche Industriebank AG), Juergen B. Donges (Universität zu Köln), Hilmar Drygas (Universität Kassel), Harald Dyckhoff (RWTH Aachen), Johann Eekhoff (Universität zu Köln), Lars P. Feld (Universität Magdeburg), Clemens Fuest (Universität zu Köln), Stefan Homburg (Universität Hannover), Rolf J. Langhammer (Universität Kiel), Bernd Lucke (Universität Hamburg), Jochen Michaelis (Universität Kassel), Bernhard Möhring (Universität Göttingen), Peter Oberender (Universität Bayreuth), Renate Ohr (Universität Göttingen), Hans-Georg Petersen (Universität Potsdam), Bernd-Thomas Ramb (Universität Siegen), Wolfram F. Richter (Universität Dortmund), Ralph Rotte (RWTH Aachen), Horst Rottmann (Fachhochschule Amberg-Weiden), Gerhard Rübel (Universität Göttingen), Karlheinz Ruckriegel (Fachhochschule Nürnberg), Jürgen Schaaf (Deutsche Bank Research), Wolf Schäfer (Universität der Bundeswehr Hamburg), Bertram Schefold (Universität Frankfurt), Hermann Scherl (Universität Erlangen), Ulrich Schlieper (Universität Mannheim), Detlef Schoder (Universität zu Köln), Klaus Schredelseker (Universität Innsbruck), Alfred Schüller (Universität Marburg), Franz Seitz (Fachhochschule Amberg-Weiden), Jürgen Siebke (Universität Heidelberg), Theodor Siegel (Humboldt-Universität, Berlin), Gunter Steinmann (Universität Halle), Ulrich van Suntum (Universität Münster), Harald Uhlig (Humboldt-Universität, Berlin), Roland Vaubel (Universität Mannheim), Stefan Voigt (Universität Kassel), Johann Walter (Fachhochschule Gelsenkirchen), Susanne Wied-Nebbeling (Universität zu Köln), Ekkart Zimmermann (Technische Universität Dresden)